

wandten sie sich entschieden gegen alle Versuche, die Demokratie auf eine formelle, nur juristische Seite, auf die Statuierung von Rechten für das Volk zu reduzieren. Sie gewannen die Einsicht, daß es auf die Begründung solcher gesellschaftlicher Verhältnisse ankam, unter denen die Souveränität des Volkes tatsächlich ausgeübt werden konnte.

2.1.1.3. Die Formierung der politischen Kräfte

Eine wichtige Voraussetzung für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung war die Zulassung demokratischer politischer Parteien und freier Gewerkschaften auf Grund des Befehls Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 10. 6.1945.¹² Damit wurde die Möglichkeit gegeben, daß sich die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in politischen Organisationen formieren konnten. KPD und SPD nahmen unverzüglich ihre Arbeit auf. Der Mitte Juni 1945 gegründete Freie Deutsche Gewerkschaftsbund war aus dem Ringen um eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation hervorgegangen und bildete eine wichtige Basis für die politische Einheit der Arbeiterklasse. Am 26. 6.1945 wurde die CDU und am 5. 7.1945 die LDPD gegründet. Aus der demokratischen Bewegung entstanden weitere politische Organisationen, die es großen Kreisen der werktätigen Bevölkerung ermöglichten, sich bewußt in das antifaschistisch-demokratische Kampf Bündnis einzuordnen und an der gesellschaftlichen Umgestaltung teilzunehmen. Zu ihnen gehörte die FDJ, die am 7. 3.1946 als einheitlicher Jugendverband gegründet wurde, sowie der DFD, dessen Gründung am 8. 3.1947 erfolgte.

Für die Kraft der antifaschistisch-demokratischen Aktion war es überaus bedeutsam, daß sich der Zentralausschuß der SPD in seinem Aufruf vom 15. 6.1945 eben* falls für eine antifaschistisch-demokratische Republik aussprach und den Aufruf der KPD vom 11.6.1945 unterstützte. Der Übereinstimmung dieser grundlegenden Dokumente entsprach die eingeleitete Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, die durch ein Aktionsabkommen vom 19. 6.1945 starke Impulse erhielt. Im gemeinsamen antifaschistisch-demokratischen Kampf wurden die Aktionseinheit der Arbeiterklasse geschmiedet und die Voraussetzungen für die Bildung einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei geschaffen.

Die Gründung dieser Partei erfolgte durch den Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Vereinigungsparteitag am 21. und 22. 4.1946. Damit wurde die wichtigste Lehre aus den revolutionären Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung gezogen und das Kraftzentrum geschaffen, das seitdem der Entwicklung der Gesellschafts- und Staatsordnung auf dem Gebiet der DDR Ziel und Richtung gibt. Durch die SED sichert die Arbeiterklasse ihre Hegemonie. Die ständige Vervollkommnung der Führungsrolle der Partei der Arbeiterklasse prägte auch die Herausbildung und Entwicklung einer neuen Staatsmacht und ihres Rechts. Die Geschichte des Staatsrechts der DDR ist vom Wirken der SED nicht zu trennen. Unter ihrer Führung wurde das Staatsrecht geschaffen und systematisch entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen ausgebaut.

¹² Vgl. *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, Berlin 1968, S. 54 f.